AUS DEM NETZ 17.09.2026 | Hanna Kirchberger

Pferde waren besser

Leere Tankstellen, lange Schlangen, wachsender Frust: In der Mongolei wird die Treibstoffkrise zum politischen Stresstest.

Kann ein Tankstellenstau tatsächlich eine Demokratie unter Druck setzen? In der Mongolei, wo seit Wochen Treibstoff fehlt, drängt sich diese Frage zunehmend auf. Wer dort zurzeit Smalltalk machen will, fragt nicht nach dem Wetter. Stattdessen fragt man: Wo kann ich heute eigentlich Benzin tanken? Wie lang war die Warteschlange an der Tankstelle – drei Stunden oder die ganze Nacht? Darfst du mit deinem Kennzeichen heute fahren? Und glaubst du, dass die Regierung das Treibstoffproblem noch vor dem Winter lösen wird? Diese Fragen schlägt zumindest ein Instagram-Video mit dem Titel „Smalltalk-Ideen mit Mongolen“ vor. Was nach alltäglicher Frustration klingt, berührt eine größere politische Frage: Wann wird aus einer Versorgungskrise eine Vertrauens- und möglicherweise eine Demokratiekrise?

Seit Anfang Juli ist die Mongolei mit Treibstoffknappheit konfrontiert. Vor Tankstellen ziehen sich teils kilometerlange Autoschlangen, der Benzinverkauf wurde Anfang August zeitweise auf 50 000 Tugrik (rund zwölf Euro) pro Fahrzeug begrenzt und nach geraden und ungeraden Kennzeichen organisiert. Politisch brisant wird die Versorgungskrise auch deshalb, weil sie auf ein ohnehin angeschlagenes Vertrauen in die politischen Institutionen trifft. Denn der Treibstoffmangel schließt zeitlich direkt an die politische Turbulenz des Jahres 2025 an: Im Juni 2025 trat Premierminister Oyun-Erdene nach einer verlorenen Vertrauensabstimmung im Parlament zurück. Als im Oktober auch sein Nachfolger Gombojavyn Zandanshatar, nach nur vier Monaten im Amt, vom Parlament abgesetzt werden sollte, legte Präsident Khurelsukh Ukhnaa sein Veto ein. Das mongolische Verfassungsgericht erklärte die parlamentarische Entscheidung anschließend wegen Verfahrensfehlern für verfassungswidrig. Politisches Misstrauen ist in der Mongolei also keineswegs erst mit den leeren Zapfsäulen entstanden.

Wann wird aus einer Versorgungskrise eine

Die Treibstoffkrise trifft damit auf bereits vorhandenes politisches Misstrauen. Das könnte auch politische Folgen haben. Dass

Vertrauens- und möglicherweise eine Demokratiekrise?

wirtschaftliche Belastungen rund um Energie und Treibstoff Menschen politisch mobilisieren können, zeigt sich derzeit etwa in Südasien. Dort haben steigende Energie- und Lebenshaltungskosten 2026 zu zahlreichen Protesten und Unruhen geführt, besonders sichtbar in Pakistan und Nepal. Das bedeutet allerdings nicht, dass der Mongolei eine ähnliche Entwicklung bevorsteht. Entscheidend ist vielmehr, wie eine Gesellschaft solchen Unmut politisch verarbeitet. Auch die Forschung weist auf einen Zusammenhang hin: Wie ein Arbeitspapier des *United Nations University World Institute for Development Economics Research* (UNU-WIDER) zeigt, können starke Kraftstoffpreisschocks mit sogenannten „fuel riots" zusammenhängen. Zwischen 2005 und 2018 kam es demnach in 41 Ländern zu mindestens einem solchen Aufstand im Zusammenhang mit Treibstofffragen.

Für die Mongolei ist allerdings ein zweiter Befund der Studie besonders aufschlussreich: Länder mit mehr Freiraum für zivilgesellschaftliches Engagement erleben deutlich seltener solche Unruhen. Laut den Autoren geht ein höheres Maß an zivilgesellschaftlicher Freiheit mit einer deutlich geringeren Wahrscheinlichkeit von „fuel riots" einher. Das deutet darauf hin, dass die Möglichkeit, politischen Unmut zu artikulieren, Spannungen auffangen kann. Für die Mongolei ist deshalb nicht nur interessant, wie groß der Ärger über die Treibstoffkrise ist, sondern auch, wie er sich äußert. Einen – wenn auch begrenzten – Einblick geben die sozialen Medien. Dort wird aus alltäglichem Frust zunehmend eine politische Debatte.

Interessanterweise wird der Treibstoffkrise online auf den ersten Blick mit Humor begegnet. So filmt sich ein junger Mann auf einem Roller und tituliert das Video: „Du besitzt einen Landrover … aber Kraftstoffpreise haben dich zu einem *Scooter Boy* (einem Rollerfahrer) gemacht." Andere kommentieren unter Videos von langen Autoschlangen vor Tankstellen: „Pferde waren besser." Doch unter den Witzen wird schnell eine ernstere politische Debatte sichtbar.

Während einige die Krise auf ein Wort reduzieren – Korruption –, kritisieren andere scharf die Abhängigkeit von Russland. Damit verschiebt sich die Debatte vom momentanen Treibstoffmangel zu einer

grundsätzlicheren Frage: Warum ist ein rohstoffreiches Land bei einem so zentralen Gut derart abhängig von seinem Nachbarn? Diese Abhängigkeit hängt direkt mit dem Paradox zusammen, dass die Mongolei zwar selbst Rohöl fördert, dieses aber aufgrund fehlender Raffineriekapazität nicht verarbeiten kann und deshalb raffinierte Erdölprodukte importieren muss – 95 Prozent davon kommen aus Russland. Online wird deshalb nicht nur über leere Tankstellen diskutiert, sondern auch darüber, wie sich diese Abhängigkeit verringern ließe. In den Kommentarspalten finden sich dabei durchaus konkrete Vorschläge: stärker diversifizierte Importe, die Fertigstellung der geplanten Raffinerie in Dornogovi sowie langfristig alternative Energiequellen. Damit wird aus der Frage, wann es wieder Benzin gibt, zunehmend die Frage, warum der Staat diese Abhängigkeit zugelassen hat – und was er dagegen unternimmt.

Die wirtschaftliche Belastung hat in der Mongolei bislang nicht zu größeren Protesten oder Unruhen geführt.

Was auf Social Media zunächst wie die übliche Mischung aus Witzen, zugespitzten Kommentaren und schnellen Schuldzuweisungen wirkt, macht eine ernsthafte politische Debatte sichtbar. Natürlich ersetzt eine Kommentarspalte weder politische Beteiligung noch eine funktionierende Zivilgesellschaft. Sie zeigt aber, dass der Ärger über Tankstellenschlangen längst größere Fragen berührt: Korruption, wirtschaftliche Abhängigkeit und den politischen Handlungsspielraum der Mongolei.

Anders als derzeit etwa in Teilen Südasiens hat die wirtschaftliche Belastung in der Mongolei bislang nicht zu größeren Protesten oder politischen Unruhen geführt. Das ist kein Beleg dafür, dass die Krise politisch folgenlos bleibt. Es spricht aber dafür, die Mongolei nicht vorschnell als nächsten Fall einer eskalierenden Treibstoffkrise zu betrachten. Vielmehr wird der Unmut bislang öffentlich artikuliert, Ursachen werden diskutiert und politische Antworten eingefordert. Das allein ist noch kein Beweis für demokratische Resilienz. Es zeigt aber, dass gesellschaftliche Frustration politische Ausdrucksformen findet, statt sich lediglich aufzustauen. Gerade darin könnte eine Stärke der mongolischen Demokratie liegen. Der eigentliche Stresstest beginnt deshalb nicht an der Zapfsäule, sondern bei der Frage, ob die Politik auf diese Debatte Antworten findet.



Hanna Kirchberger
Marburg

Hanna Kirchberger studiert Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg.

-